

Der georgische Knoten

Die Südossetienkrise im Kontext georgisch-russischer Beziehungen

Martina Bielawski / Uwe Halbach

Die russische Teilrepublik Nordossetien im Nordkaukasus, Tatort eines entsetzlichen Terrorakts, hat Südossetien aus den Schlagzeilen der internationalen Berichterstattung verdrängt. Dabei ist die Südossetienkrise noch nicht überwunden und verdient weiterhin Aufmerksamkeit. Der politische »Neubeginn« in Georgien bestimmte seit November 2003 das internationale Interesse an Entwicklungen im Südkaukasus und im weiteren postsowjetischen Raum. Dabei stand das Reformprogramm, mit dem sich die junge georgische Regierung unter Präsident Saakashvili gegen Mißstände wie Korruption richtet und für die Stärkung von Staatlichkeit einsetzt, zunächst im Vordergrund. Der Prozeß staatlicher Erneuerung in einem Land, das bis dahin als Beispiel für Staatsversagen galt, wird von externen Akteuren (u.a. USA, EU, Weltbank) mit erheblichen Finanzhilfen unterstützt.

In der Auseinandersetzung mit dem abtrünnigen Landesteil Südossetien stießen dann aber die Bemühungen um Konsolidierung georgischer Staatlichkeit und die Symbolik der gewaltfreien »Rosenrevolution« an ihre Grenzen. Vor allem wurden die Grenzen für eine nachhaltige Verbesserung der russisch-georgischen Beziehungen sichtbar, die von der neuen Regierung in Tiflis als prioritäres außenpolitisches Ziel deklariert worden war. Die von militanter Rhetorik und Scharmützel begleitetete »Südossetienkrise« lenkt die Aufmerksamkeit wieder auf die unbewältigten regionalen Konflikte des Südkaukasus und die strukturellen Probleme im Verhältnis Georgiens zu Rußland.

Nicht erst seit der »Rosenrevolution« besteht ein internationales Interesse an Georgien, das angesichts seines Ressourcenarmut und seiner Bevölkerungsgröße überproportional erscheint. Nach dem Machtwechsel im November 2003 nimmt die internationale Gemeinschaft aktiv an den inneren Reformen in dem kleinen Kaukasusstaat teil. Im Juni 2004 stellte eine von der EU und der Weltbank organisierte

Geberkonferenz in Form von Krediten eine Milliarde US-Dollar für Georgien zur Verfügung. Die Vereinigten Staaten, die seit 2002 mit rund 200 Militärberatern an der Ausbildung georgischer Streitkräfte beteiligt sind, nahmen Georgien in ihr ehrgeiziges, für 16 ausgewählte Länder eröffnetes Hilfsprogramm »Millennium Challenge« auf, obwohl es die strengen ökonomischen, sozialen und politischen Aufnahmekrite-



Quelle: Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Berliner Zeitung; © Berliner Zeitung/Rita Böttcher.

rien kaum erfüllt. Hinter dieser massiven Unterstützung des Reformprogramms der neuen georgischen Führung steht das internationale Engagement bei der Bewältigung der ungelösten Sezessionskonflikte zurück. Die Beobachtermissionen der UN in Abchasien (UNOMIG) und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Südossetien spielen eine geringe Rolle, während die Wahl des Regelungsformats für die Konfliktlösung weitgehend den russischen Friedenstruppen überlassen wird. Doch Rußland, das bei der gewaltlos verlaufenen »Rosenrevolution« noch die Rolle des »ehrlichen Maklers« gespielt hatte, erweist sich bei der Bearbeitung ungelöster Regionalkonflikte wie zuvor als fragwürdiger Partner für Friedens- und Stabilitätspolitik im Südkaukasus.

Russisch-georgische Beziehungen nach der Rosenrevolution

Von allen Staaten im GUS-Raum hatte Georgien in den letzten zehn Jahren die wohl gespanntesten Beziehungen zu Ruß-

land. Einen wesentlichen Grund für georgisches Mißtrauen gegenüber der ehemaligen Kolonialmacht lieferte das russische Verhalten in den Sezessionskonflikten Georgiens seit der militärischen Unterstützung der separatistischen Parteien in Abchasien und Südossetien in den Kriegphasen zu Beginn der 1990er Jahre. Die Hauptstreitpunkte in letzter Zeit (seit 1999):

- ▶ die russische Weigerung, sich trotz internationaler Vereinbarungen von den Militärbasen in Batumi und Achalkalaki in Georgien zurückzuziehen;
- ▶ Georgiens Haltung zu dem Einsickern tschetschenischer Freischärler in das Pankisi-Tal im georgischen Grenzgebiet zu Tschetschenien und die Zusammenarbeit georgischer Sicherheitsbehörden mit solchen Kräften;
- ▶ die verstärkte außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung Georgiens auf westliche Partner (Nato, USA, EU).

Die »Rosenrevolution« brachte Bewegung in die bilateralen Beziehungen zwischen Moskau und Tiflis. Die ersten Monate nach dem gewaltlosen Regimewechsel, bei dem

Vermittlungsbemühungen des damaligen russischen Außenministers Igor Iwanow eine entscheidende Rolle gespielt haben, waren von überraschend freundlichen Tönen im russisch-georgischen Dialog begleitet. Das gab Anlaß zu der Hoffnung, die prononcierte Westausrichtung Georgiens könne mit einem gutnachbarlichen Verhältnis zu Rußland in Einklang gebracht werden. Georgien verkündete eine einseitige Erleichterung des Visaregimes, stellte die baldige Unterzeichnung eines neuen georgisch-russischen Rahmenvertrags in Aussicht, bot russischen Firmen neue Perspektiven im Energie- und Transportsektor des Landes und sogar den Bau einer Pipeline über georgisches Territorium an. Die Streitfrage der Schließung russischer Basen in Georgien trat etwas in den Hintergrund. Die militärische Kooperation zwischen beiden Staaten sollte verstärkt werden (Ausbildung georgischer Offiziere an russischen Militärakademien u.a.). Vor allem erklärte sich Georgien nun bereit, mit der russischen Seite gemeinsame Patrouillen an porösen und kritischen Abschnitten der georgisch-russischen Staatsgrenze durchzuführen.

Die Kommunikation zwischen den Präsidenten Putin und Saakashvili wurde als exzellent bezeichnet. Beide seien, so einige russische Kommentatoren, insofern geistesverwandt, als sie einen »starken Staat« forderten und insofern auch einen Hang zur Präsidialautokratie zeigten.

Den Höhepunkt des Tauwetters zwischen Rußland und Georgien markierte der Ausgang der Adscharienkrise, in der sich die neue Regierung in Tiflis wochenlang am Rand einer Eskalation zu offener Gewalt mit dem absolutistischen Lokalregime des Abaschidse-Klans in der autonomen Republik am Schwarzen Meer auseinandergesetzt hatte. Diese Konfrontation wurde entspannt durch abermalige friedliche Vermittlung Igor Iwanows, diesmal in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Sicherheitsrats Rußlands, und endete mit der Ausreise der Abaschidses nach Moskau.

Zuckerbrot und Peitsche in Georgiens Kampf gegen Separatismus

Zu seinem Amtsantritt schwor Saakashvili am Grab König Davids des Erbauers, eines Symbols für die staatliche Einheit Georgiens, das Land wieder zu einen. Die Wiederherstellung der territorialen Integrität durch Wiedereingliederung abtrünniger Landesteile in den georgischen Staat erhielt somit oberste Priorität – in enger Verbindung mit dem Streben, durch innere Reformen in »Restgeorgien« das Image eines »failing state« zu überwinden.

Nach dem Sieg über den Partikularismus in Adscharien rief der georgische Präsident die separatistischen Gebiete Südossetien und Abchasien dazu auf, in den Staatsverband zurückzukehren. Er bot ihnen weitgehende Autonomierechte an.

Zudem startete die georgische Regierung eine »Charmeoffensive« – und bot als Anreiz die Wiederherstellung der Bahnverbindung zwischen Tiflis und Südossetien, die Auszahlung von Pensionen an Rentner und humanitäre Hilfe für die übrige Bevölkerung der Konfliktzone.

Insofern sah es zunächst so aus, als wolle Tiflis langfristig die »Köpfe und Herzen« der Menschen in Südossetien zurückgewinnen und das tiefe Mißtrauen überwinden, das seit dem Gewaltausbruch im »Sezessionskrieg« von 1991 bis 1992 zwischen Osseten und Georgiern besteht. Der militärische Schlagabtausch war damals von georgischer Seite eröffnet worden.

Ende Mai errichtete Tiflis jedoch unerwartet Kontrollposten auf südossetischem Gebiet, um dem Schmuggel Einhalt zu gebieten. Diese Maßnahme bewirkte tatsächlich eine massive Eindämmung der Warenlieferungen aus Rußland, der Haupteinnahmequelle für den Großteil der Bewohner Südossetiens. Der damit verbundene Preisanstieg, die Verknappung von Lebensmitteln und Einkommensausfälle resultierten in einer Verschlechterung der ohnehin angespannten ökonomischen Situation in Südossetien.

Praktisch schnitt Georgien der Bevölkerung den Zugang zu Einkommen aus der in

Südostetien dominierenden Schatten- und Schmuggelwirtschaft ab, um ihr daraufhin humanitäre Hilfe anzubieten.

Mit dem erneuten Aufflammen des Konflikts um Südostetien, der bis dahin als der relativ entspannteste unter den drei süd-kaukasischen Sezessionskonflikten (Abchasien, Südostetien, Berg-Karabach) galt, und mit der verschärften Rhetorik der georgischen Seite, die auf eine Wiedereingliederung abtrünniger Landesteile abzielte, wurde eine weitere Front eröffnet. Anfang August drohte Tiflis damit, Schiffe zu versenken, die ohne georgische Genehmigung in die Küstengewässer vor Abchasien einlaufen.

Die junge georgische Regierung konzentriert sich zusehends auf die Wiederherstellung der territorialen Souveränität und riskiert dabei, dringend notwendige innere Reformen zu vernachlässigen, durch die sie sich doch vom Ancien régime unter Schewardnadse absetzen wollte. Dabei würde mit einem sichtbaren Erfolg dieser inneren Reformen und der Wandlung »Restgeorgiens« zu einem funktionsfähigen demokratischen Staat den separatistischen Gebietseinheiten die wichtigste Munition genommen und ihre Distanzierung von einem unattraktiven »Metropolitanstaat« durchkreuzt. Allerdings bestehen zwischen den beiden Aufgabenbereichen – der Wiederherstellung territorialer Integrität und der Stärkung »Restgeorgiens« – fatale Querverbindungen. So führt zum Beispiel die für die Konsolidierung georgischer Staatlichkeit unverzichtbare Bekämpfung von Schmuggel und Wirtschaftskriminalität unweigerlich an die Grenzen zu den abtrünnigen Landesteilen heran.

Südostetien als Streitobjekt

Im Kaukasus drängen sich immer wieder kleinste Gebietseinheiten in die Schlagzeilen internationaler Berichterstattung. Vor zwei Jahren galt dies für das Pankisi-Tal mit seinen knapp 8000 Einwohnern. Im Sommer 2004 erregt die selbsternannte und von keinem Staat der Welt anerkannte

»Republik Südostetien« Aufmerksamkeit. Das 3200 qkm große Gebiet mit heute rund 70 000 Einwohnern liegt am südlichen Fuß der kaukasischen Gebirgskette an einer Schnittstelle zwischen den süd- und nordkaukasischen Konfliktlandschaften. Mit der Republik Nordostetien ist es durch ein Nadelöhr – den Roki-Tunnel – verbunden.

Abgesehen von der blutigen Niederschlagung eines pro-russischen (bolschewistischen) Aufstands in dem Gebiet durch die seinerzeit in Georgien regierenden Menschewiki im Jahr 1920 gestalteten sich die Beziehungen zwischen Georgiern und Osseten bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion durchweg friedlich.

Das Gegeneinander eines minderheitenfeindlichen georgischen Nationalismus unter Swiad Gamsachurdia, dem ersten freigewählten Präsidenten Georgiens, und separatistischen Bestrebungen in den autonomen Gebietskörperschaften Georgiens rief Spannungen hervor, die 1991 in Südostetien auch zu Kampfhandlungen zwischen georgischen Truppen und lokalen ossetischen Milizen eskalierten.

Seit dem Waffenstillstandsabkommen vom 24. Juni 1992 hat sich Südostetien in seiner selbstdeklarierten »Unabhängigkeit« von Georgien und seiner Anlehnung an Rußland eingerichtet. Völkerrechtlich gehört das Gebiet weiterhin zu Georgien.

Der Waffenstillstand wird überwacht von der sogenannten Joint Control Commission (JCC), bestehend aus Vertretern Georgiens, Rußlands, Südostetiens und Nordostetiens. Ihr untersteht eine gemischte Peacekeeping-Truppe unter russischem Kommando. Da die südostetischen Interessen in der JCC sozusagen dreimal vertreten sind (Rußland, Südostetien und Nordostetien), wird dieses Regelungsformat von Georgien als längst überholt betrachtet. Dieses Gremium konnte bislang nicht zur Lösung des eingefrorenen Konflikts beitragen. Tiflis verlangt eine Internationalisierung der Konfliktregelung (Ausweitung des OSZE-Mandats in der Konfliktzone, internationale Konferenz u.a.), die aber von Moskau strikt zurückgewiesen wird.

Kein Vergleich mit Adscharien

Dem Programm zur Wiederherstellung territorialer Integrität war zunächst ein überraschender Erfolg beschieden. Das schnelle und unblutige Ende der Herrschaft Abaschidses in Adscharien nährte in Georgien Hoffnungen auf eine baldige Beilegung der separatistischen Konflikte mit Abchasien und Südossetien. Im Falle Adschariens war es gelungen, die Bevölkerung des Gebietes von ihrer autokratischen Führung zu trennen und so das Szenario der »Rosenrevolution« zu wiederholen. Zwischen der Situation in Adscharien und den beiden Sezessionskonflikten bestanden jedoch grundlegende Unterschiede.

Der Partikularismus der Abaschidse-Herrschaft in Adscharien fiel nicht in die Kategorie eines Sezessionskonflikts, bei dem ethnische Differenz politisiert wird und ein abtrünniger Landesteil seine Unabhängigkeit vom Metropolitanstaat deklariert. Zwischen Georgiern und »Adscharen« besteht kein ethnisch-sprachlicher Unterschied. Es kam zwischen diesen Seiten zu keinem Gewaltaustausch in irgendeiner Konfliktphase. Der politische Gegensatz zwischen Tiflis und Batumi wurde von privaten Herrschafts- und Wirtschaftsinteressen Aslan Abaschidses bestimmt. Dieser nutzte die Schwäche des georgischen Staatsverbandes aus und weigerte sich, Steuern und im Hafen von Batumi erhobene Zölle an Tiflis abzuführen. Trotz politischer Spannungen verstand sich Adscharien immer als Bestandteil des georgischen Staates.

Dagegen haben sich Südossetien und Abchasien nach den von außen unterstützten militärischen Siegen in den »Sezessionskriegen« in ihrer »erkämpften Eigenstaatlichkeit« und ihrer Trennung von Georgien eingerichtet. Das gilt vor allem – aber nicht ausschließlich – für die in Wirtschaftskriminalität und Korruption verstrickten lokalen Machteliten. Die Behauptung der georgischen Seite, es existiere kein Konflikt zwischen Georgiern und Osseten, sondern lediglich ein Konflikt mit einem von russischer Machtpolitik unterstützten krimi-

nellen Sezessionsregime, blendet die interethnische Gewalt aus, die in der militärischen Konfliktphase 1991/92 ausbrach und an der georgische Akteure erhebliche Mitverantwortung trugen.

Auch die Anbindung an Rußland ist im Falle der beiden Sezessionsgebilde eine ganz andere als im Falle Adschariens. So hat Rußland an 80% der Bevölkerung Südossetiens Pässe verteilt; es hat Rentnern in dem Gebiet Pensionen gezahlt, die weit über dem Niveau liegen, auf dem sich Rentenzahlungen des georgischen Staats bewegen. Der »informelle Zollfreihandel« mit russischen Waren ist die Haupteinnahmequelle für einen Großteil der Bevölkerung Südossetiens. Noch enger ist die Anlehnung an Rußland im Falle Abchasiens.

Das Wiederaufflammen »eingefrorener« Sezessionskonflikte

Der georgische Vorstoß an der Grenze zu Südossetien löste Entwicklungen aus, die eine sprunghafte Erhöhung der Spannungen und eine Militarisierung in der Konfliktzone mit sich brachten.

Mitte Juli versuchte die JCC, eine Einigung auf eine friedliche Beilegung des Konflikts und die Reduzierung der Truppen auf die im Waffenstillstand von 1992 vereinbarte Stärke (je 500 »peacekeeper« auf georgischer, russischer und ossetischer Seite) herbeizuführen. Zentrale Streitpunkte, wie die Überwachung des Roki-Tunnels, wurden bei den Verhandlungen ausgeklammert. Eine stabile Lösung konnte mithin nicht erzielt werden. So kam es fünf Tage später zu erneuten Auseinandersetzungen. Mitte August sprachen die Konfliktseiten von 16 Todesopfern, die das Wiederaufflammen des Konflikts bis dahin gefordert habe. Vermehrt war nun die Rede von diversen Gewaltakteuren, die weder der Kontrolle von Zchinwali noch der von Tiflis unterstehen, von »kaukasischen Söldnern«, die sich in der Konfliktzone tummelten.

Die offiziellen Konfliktseiten, Tiflis und Zchinwali, kamen überein, gemeinsam

gegen diese »dritten Kräfte« vorzugehen. Am 19. August verkündete Präsident Saakashvili den Rückzug georgischer Truppen aus Südossetien (oberhalb des erlaubten Limits von 500 Soldaten). Auf allen Seiten waren inzwischen Kriegsängste aufgekommen – Anzeichen für eine regionale Eskalation des Konflikts hatten sich gemehrt. Unter anderen mischten sich nun angeblich auch tschetschenische Kräfte in Südossetien ein – prorussische auf der südossetischen Seite und antirussische auf der Gegenseite. In Nordossetien kam es zu Demonstrationen. Der enge Zusammenhang zwischen nord- und südkaukasischen Konfliktlandschaften wurde erneut sichtbar. Moskau und Washington drängten nun gleichermaßen auf Deeskalation in Südossetien.

Die Rolle Rußlands in den Sezessionskonflikten

Vernetzung separatistischer Kräfte

Südossetien ist nur einer von vier »eingefrorenen« Sezessionskonflikten im post-sowjetischen Raum. Abgesehen von Berg-Karabach hängen selbsternannte Zwergstaaten wie Transnistrien (im Konflikt mit seinem Metropolitanstaat Moldau), Abchasien und Südossetien weitgehend am Tropf der Unterstützung Moskaus. Politisch besteht diese Unterstützung unter anderem darin, daß die russische Politik den separatistischen Regimen eine Plattform für Vernetzung verschafft, etwa auf »Separatistengipfeln«, die in Moskau und an anderen Orten stattgefunden haben. Rußland gewährt den Einwohnern der betroffenen Gebiete die visafreie Einreise in sein Territorium. Damit verstößt es auch gegen Abkommen der GUS, in denen die separatistischen Einheiten mit wirtschaftlichen Sanktionen belegt und isoliert wurden.

Während der aktuellen Krise schickten sowohl Transnistrien als auch Abchasien – als Antwort auf ein südossetisches Hilfesuch – Kämpfer in die Region. Höchst-

wahrscheinlich ist dies im Rahmen eines Beistandspakts erfolgt, den die separatistischen Regionen 1994 untereinander abgeschlossen haben. Der Transit von Freischärlern aus den anderen separatistischen Gebieten und von kampfbereiten Kosaken verlief über russisches Territorium.

Die ambivalente Rolle russischer »Friedenstruppen«

Mit der Überwachung des Abzugs dieser Söldner und freiwilligen Kämpfer wurden nach dem Abkommen vom 15. Juli ausgerechnet die russischen Friedenstruppen betraut. Sie spielen eine aus georgischer Sicht höchst fragwürdige Rolle in der Konfliktzone.

Sie weigern sich zum Beispiel, das georgische Kontingent für eine gemeinsame Kontrolle des Roki-Tunnels zu akzeptieren. Durch diesen Tunnel verläuft die Hauptroute für Schmuggel und den Transit illegaler Kämpfer. Die russischen Friedenstruppen verdienen an diesen Zuständen ordentlich mit. Sie haben mehr Interesse an der Erhaltung des Status quo als an einer aktiven Friedenswahrung. In Georgien werden sie folgerichtig als »Schutztruppe« für ein Sezessionsregime wahrgenommen.

Auch der Grundsatz der Unparteilichkeit wird von russischer Seite nicht einmal ansatzweise gewahrt. Rußland geht davon aus, daß alle Aktivitäten seiner Friedenstruppe in Südossetien durch das im Waffenstillstandsabkommen verankerte Mandat vollkommen gedeckt sind und Georgien nicht zum Einspruch gegen die Handlungen der russischen Truppen berechtigt ist. Dabei wird mißachtet, daß eine der drei Säulen des Peacekeeping das Einverständnis beider Parteien ist. Eine von Georgien gewünschte Ausweitung des Mandats der ebenfalls in Südossetien tätigen OSZE auf Kosten der GUS-Friedenswahrer hat Rußland bislang blockiert.

Ende des »Tauwetters«

Die Südossetienkrise drängte Hoffnungen auf eine nachhaltige Verbesserung der russisch-georgischen Beziehungen wieder in den Hintergrund. Zu Beginn der Krise äußerte sich Präsident Saakashvili noch vorsichtig über die Rolle Rußlands bei der Zuspitzung dieser Krise. Die georgische Seite vermied vor allem Angriffe auf Präsident Putin, der sich seinerseits während der gesamten Eskalationsphase nicht öffentlich zu Südossetien äußerte. Tiflis bezichtigte »bestimmte Kräfte« in Rußland der Aggression gegen Georgien. Saakashvili wurde mit Anschuldigungen gegenüber Rußland allerdings sehr deutlich, als er davon sprach, daß ein erneuter Krieg in Südossetien letztlich Krieg zwischen Rußland und Georgien bedeute.

Spätestens im Juli war das anfängliche »Tauwetter« in den bilateralen Beziehungen einem »Krieg der Worte« gewichen, in dem auf beiden Seiten wieder klassische Feindbilder beschworen wurden.

Russische Akteursvielfalt

In der jüngsten Krise um Südossetien spiegelt sich die Inkohärenz russischer Kaukasuspolitik wider. Sie war in der Jelzin-Ära offensichtlich: Präsidentsverwaltung, Außenministerium, Militär, Energie-wirtschaft und Regionaleliten verfolgten ihre je eigenen Interessen und Agenden in der Region. Auch unter Putin hat Rußland nach dem Urteil russischer und ausländischer Beobachter bisher nicht zu einer kohärenten und von deutlich artikulierten Interessen geleiteten Politik gegenüber Georgien und dem Südkaukasus gefunden.

Präsident Putin versicherte seinem georgischen Amtskollegen auf einem GUS-Gipfel in Moskau vom 2. bis 4. Juli, Rußland respektiere Georgiens Souveränität und unterstütze eine friedliche Lösung des Konflikts. In scharfem Kontrast dazu stehen (ergebnislose) Erörterungen in Staatsduma und Föderationsrat über die Aufnahme Südossetiens in die Russische Föderation. Die Tatsache, daß im Juni zwei Mitglieder des

russischen FSB in die Führung des KGB in Südossetien berufen wurden, deutet darauf hin, daß offensichtlich auch der russische Geheimdienst die Separatisten unterstützt.

Wie schon während der Adscharienkrise, die in enger Kooperation zwischen Saakashvili und Putin gelöst wurde, warf das russische Außenministerium auch diesmal der georgischen Führung vor, die Situation auf verantwortungslose Art und Weise zu eskalieren.

Das Militär verfolgt seine eigene Agenda in Südossetien und anderen Sezessionskonfliktzonen. Russische »Friedenstruppen« partizipieren an den Einnahmen der Schmuggel- und Schattenwirtschaften, die sich dort etablieren.

Rußlands Interessen

Es ist – auch für viele russische Kommentatoren – kaum nachvollziehbar, daß Rußland die Beziehungen zu Georgien, einem strategisch nicht unbedeutenden Nachbarn, für Südossetien aufs Spiel setzt, das weder Bodenschätze besitzt noch historisch eine herausragende Rolle für die Russische Föderation spielt. Gerade in Anbetracht seiner schier unlösbaren Probleme in Tschechien und anderen Teilen des Nordkaukasus sollte Rußland daran gelegen sein, daß sich auf dem Territorium seines Nachbarn keine »schwarzen Löcher« befinden, die den illegalen Transit von Gütern und Personen ermöglichen.

Insofern behauptet Saakashvili wohl zu Recht, daß Rußland keine strategischen Interessen in Südossetien habe. Ausschlaggebend für Moskaus Verhalten sind vielmehr Partikularinteressen einzelner Akteure.

Rußland benutzt die separatistischen Gebilde im »nahen Ausland« als Hebel zur Einflußnahme auf deren Metropolitanstaaten und ist an einem Zustand im Südkaukasus interessiert, den man als »kontrollierte Instabilität« bezeichnet hat. Ein bewaffneter Konflikt, ein Wiederaufflammen der »Sezessionskriege« wie zu Beginn

der neunziger Jahre, kann dagegen definitiv nicht in seinem Interesse liegen.

Neben den Interessen einzelner Akteure spielt auch das Verständnis des Kaukasus eine Rolle. In Rußland wird die Region als ganzheitlicher Organismus gesehen. Konflikte im Südkaukasus können auf den Nordkaukasus zurückschlagen und umgekehrt. Eine militärische Zuspitzung in Südossetien würde bewaffnete Kräfte im Nordkaukasus aktivieren und die ohnehin instabile Südperipherie der Russischen Föderation in Unruhe versetzen. Während der Kriege in Südossetien und Abchasien Anfang der neunziger Jahre spielte die Konföderation nordkaukasischer Bergvölker eine wichtige Rolle auf der Seite der Separatisten. Sie war aber auch für die Russische Föderation alles andere als stabilitätsfördernd.

Gerade in Anbetracht der Instabilität und des fehlenden Machtdurchgriffs in einer Reihe von Republiken im Nordkaukasus muß Moskau sensibel auf Entwicklungen im Südkaukasus reagieren.

Rückkehr zu alten Verhaltensmustern?

Die internationale Gemeinschaft müßte Rußland deutlicher als bisher klarmachen, daß es nicht wesentliche Eckpfeiler des Staatensystems – wie die territoriale Integrität – untergraben kann, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. Zumal dieses Rußland von der internationalen Gemeinschaft kategorisch Verständnis für sein eigenes Vorgehen gegen den tschechischen Separatismus einfordert und Kritik an massiven Menschenrechtsverletzungen, die es dabei begeht, indigniert zurückweist.

Georgiens Führung, die nach der Wende inneren Reformen den Vorrang gegeben hat, wiederholt ebenfalls Fehler aus der zügige Wiederherstellung der territorialen Souveränität drängt bescheidenere, aber gleichwohl wichtige und schwierige innenpolitische Aufgaben in den Hintergrund. Dadurch löst Georgien auch bei der inter-

nationalen Gemeinschaft Besorgnis aus, die den bisherigen Reformprozeß in dem kleinen Land nachdrücklich unterstützte.

Die »eingefrorenen« Konflikte im Südkaukasus sind zu komplex, als daß sie im »Hau-Ruck«-Verfahren gelöst werden könnten. Die bittere Erfahrung des Kriegs vor mehr als einem Jahrzehnt hat in der Bevölkerung der abtrünnigen Republiken eine Haltung entstehen lassen, die eine Rückkehr in den Metropolitanstaat ohne einen tiefgreifenden Prozeß von Vertrauensbildung als unmöglich erscheinen läßt. Georgien muß wieder zu dem Realismus zurückfinden, der in den ersten Monaten nach der »Rosenrevolution« seine Rußlandpolitik bestimmte: An der Rolle Rußlands als wirtschaftliche und politische Regionalmacht kommt kein Ansatz von Stabilitätspolitik im Kaukasus vorbei – weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene.

Gleichwohl sind Georgiens Anspruch auf territoriale Integrität und die Bekämpfung von Schmuggel und Wirtschaftskriminalität legitim und nicht von den übrigen inneren Reformaufgaben und einer Konsolidierung von Staatlichkeit in »Kerngeorgien« zu trennen. Im Umgang westlicher Politik mit Rußland muß deshalb die »Gretchenfrage« lauten: »Wie hältst du es mit der Souveränität deiner Nachbarn?« Gerade gegenüber einem Staat, der Kritik gerne mit dem Hinweis auf seine eigene unantastbare Souveränität zurückweist, ist diese Frage angebracht. Und erst recht gegenüber einem Rußland, das in der Auseinandersetzung mit Tschetschenien stets jederlei Einmischung von außen in seinen eigenen Sezessionskonflikt beklagt, gleichzeitig aber an den Nahtstellen zwischen nord- und südkaukasischen Konfliktlandschaften mit Sezessionsregimen kooperiert.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364